



ÄNDERUNGSBESCHEID

zum Planfeststellungsbeschluss v. 20.01.2020

(AfPE L-667 – PFV 380-kV-Ltg Husum Nord - Niebüll Ost)

für den

Neubau der

380 kV Freileitung UW Husum Nord – UW Klixbüll Ost

Westküstenleitung Abschnitt 4

auf dem Gebiet der

Gemeinden der Amtsverwaltungen Bargum, Horstedt und Langenhorn

- Kreis Nordfriesland-

hier: Planänderung

betreffend

Verbreiterung der Schutzstreifen in den Mastfeldern

Mast 1– 2, 61 – 62, 62 – 63, 70 – 71 sowie 71 – 72

Gliederung

A. Verfügender Teil.....	4
I. Festgestellte Baumaßnahme.....	4
II. Inhalts- und Nebenbestimmungen.....	6
III. Kostenentscheidung.....	7
B. Begründung.....	8
I. Gegenstand des Plans, Vorhabenbeschreibung.....	8
II. Verfahrensablauf und Würdigung.....	8
III. Materiell-rechtliche Würdigung.....	10
C. Rechtsbehelfsbelehrung.....	17
Anhang / Abkürzungsverzeichnis.....	19

Inhaltsverzeichnis

A. Verfügender Teil.....	4
I. Festgestellte Baumaßnahme.....	4
1. Gegenstand der Änderung (wesentliche Baumaßnahmen).....	5
2. Planunterlagen.....	5
II. Inhalts- und Nebenbestimmungen.....	6
III. Kostenentscheidung.....	7
B. Begründung.....	8
I. Gegenstand des Plans, Vorhabenbeschreibung.....	8
II. Verfahrensablauf und Würdigung.....	8
1. Zuständige Planfeststellungsbehörde.....	8
2. Absehen von einem neuen Planfeststellungsverfahren.....	8
III. Materiell-rechtliche Würdigung.....	10
1. Kein Verstoß gegen zwingende Gebote und Verbote.....	10
2. Abwägung.....	15
3. Gesamtabwägung.....	15
4. Begründung Kostenentscheidung.....	16
C. Rechtsbehelfsbelehrung.....	17
Anhang / Abkürzungsverzeichnis.....	19

A. Verfügender Teil

I. Festgestellte Baumaßnahme

Auf Antrag der Tennet TSO GmbH (Vorhabenträgerin) wird der Planfeststellungsbeschluss des Amtes für Planfeststellung Energie vom 20.01.2020 für das Vorhaben Neubau der 380 kV-Freileitung Husum Nord – Niebüll Ost zwischen dem neu zu errichtenden Umspannwerk Husum Nord und dem neu zu errichtenden Umspannwerk Klixbüll- Süd (Westküstenleitung Abschnitt 4) (Az. AfPE L-667-PFV 380-kV-Ltg Husum Nord- Niebüll Ost) in der Fassung, die er durch vorangegangene Planänderungen erfahren hat, gem. § 43d Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz)¹ (EnWG) i.V.m. § 142 Abs. 2 Landesverwaltungsgesetz Schleswig-Holstein (LVwG SH) nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen geändert.

Von einem neuen Planfeststellungsverfahren wird abgesehen.

Maßgeblich für den geänderten Plan sind die unter A.I.2 aufgeführten neu festgestellten Unterlagen, die die zuvor festgestellten entsprechenden Pläne ersetzen bzw. ergänzen. Soweit mit dieser Entscheidung nicht etwas anderes bestimmt wird, bleiben die Planunterlagen und die Regelungen des oben näher genannten Planfeststellungsbeschlusses (im Folgenden auch „Ausgangsbeschluss“ in der Gestalt, die er durch vorangegangene Planänderungen vor Fertigstellung erhalten hat) weiterhin gültig.

Diese Entscheidung schließt alle für die Realisierung des Plans in seiner geänderten Form erforderlichen anderen behördlichen Entscheidungen, insbesondere öffentlich-rechtliche Genehmigungen, Verleihungen, Erlaubnisse, Bewilligungen, Zustimmungen und Planfeststellungen ein.

Die Änderungen umfassen die unter A.I.1 dargestellten und sich aus den hier neu festgestellten Planunterlagen ergebenden Baumaßnahmen auf den Gebieten der Gemeinden Bargum, Horstedt und Langenhorn.

Bestandteil dieser Entscheidung sind die unter A.I.2 aufgeführten und in den Planänderungsunterlagen mit einem entsprechenden Beschriftung als solche gekennzeichneten festgestellten Unterlagen. Diese Entscheidung bildet mit dem Ausgangsbeschluss eine rechtliche Einheit, so dass nunmehr das Vorhaben in der geänderten Form festgestellt ist.

¹ Ein Abkürzungsverzeichnis befindet sich in der Anlage zu diesem Bescheid.

1. Gegenstand der Änderung (wesentliche Baumaßnahmen)

Die Änderungen umfassen:

- Verbreiterung der Schutzstreifen in den Mastfeldern 1 – 2, 61 – 62, 62 – 63, 70 – 71 sowie 71 – 72

Die Einzelheiten der Änderungen sind den nachfolgend aufgelisteten geändert festgestellten Planunterlagen zu entnehmen.

2. Planunterlagen

Der Änderungsbescheid setzt sich zusammen aus dieser Entscheidung und den geänderten Planunterlagen, die nachstehend aufgeführt sind. Die geänderten festgestellten Unterlagen sind mit einem entsprechenden Stempel als solche gekennzeichnet und in der nachfolgenden Tabelle mit (F) bezeichnet.

Änderungen und Ergänzungen gegenüber den im Ursprungsverfahren festgestellten Planunterlagen sind als Deckblätter oder durch Blaeintragungen in Texten und Plänen gekennzeichnet.

Anlage	Inhalt	Maßstab bei Plänen	Seiten-/Blattzahl	F=festgestellt N=nachrichtlich
4.1	Lagepläne	1:2000	Blatt 01, 24, 25, 26, 29, 40	F
4.2	Grunderwerbsverzeichnis		Seite 3, 11, 12, 13, 15, 16, 17, 25, 26, 42, 48, 49, 50	F
8.1	Landespflegerischer Begleitplan (LBP) Text		S. 9, 56, 87, 109, 160 – 161A, 167, 168, 170 -172, 179, 180, 192 – 194, 196, 219-220A, 259-263, 277, 282-287A	F
8.2	Karten für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen	1:250.000	Karten 21, 23	F
8.2	Bestands-, Konflikt- und Maßnahmenplan	1:2000	Blatt 1, 2, 35, 39, 40	F
8.3	Maßnahmenblätter		A19, A21	F
11.2	Lagepläne Wasserrechtliche	1:2000	Blatt 1, 24, 25, 26,	N

Anlage	Inhalt	Maßstab bei Plänen	Seiten-/Blattzahl	F=festgestellt N=nachrichtlich
	Maßnahme		29, 40	

II. Inhalts- und Nebenbestimmungen

Die Inhalts- und Nebenbestimmungen des Ausgangsbeschlusses vom 20.01.2020 gelten uneingeschränkt fort, sofern hier nichts anderes geregelt ist. Insbesondere die artenschutzrechtlich erforderlichen Maßnahmen sowie der unverzügliche und vollständige Rückbau der baubedingt erfolgten Maßnahmen und der fachgerechten Rekultivierung sind in den Bereichen der Planänderung zu beachten.

Dieser Bescheid ergeht mit folgenden Inhalts- und Nebenbestimmungen:

1. Naturschutz:

Die Nebenbestimmungen des Ausgangsbeschluss vom 20.01.2020 sowie der bislang ergangenen Planänderungsbeschlüsse gelten uneingeschränkt fort.

Insbesondere die artenschutzrechtlich erforderlichen Maßnahmen des festgestellten Plans sind in den Bereichen der Planänderung zu beachten.

III. Kostenentscheidung

Die Vorhabenträgerin hat die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Die Höhe der Auslagen und Gebühren wird in einem gesonderten Bescheid festgesetzt.

B. Begründung

I. Gegenstand des Plans, Vorhabenbeschreibung

Die Veränderungen gegenüber dem bisher festgestellten Plan, die mit dieser Planänderung vor Fertigstellung zugelassen werden, sind der Beschreibung unter A.I.1 zu entnehmen.

II. Verfahrensablauf und Würdigung

1. Zuständige Planfeststellungsbehörde

Zuständig für die Entscheidung über den Antrag auf Planänderung vor Fertigstellung ist das dem Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur des Landes Schleswig-Holstein zugeordnete Amt für Planfeststellung Energie. Dieses ist gemäß § 1 Abs. 1 der *Landesverordnung zur Bestimmung der zuständigen Behörden nach dem Energiewirtschaftsrecht* (EnWZustVO) i.V.m. dem *Erlass des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung zur Bildung des Amtes für Planfeststellung Energie vom 05.12.2012* zuständige Behörde für die Ausführung des § 43 EnWG (Planfeststellungsverfahren) und ist damit zu allen im Planfeststellungsverfahren ergehenden Entscheidungen über Energieleitungen berufen. Das AfPE hat auch den Ausgangsbeschluss vom 20.01.2020 und die nachfolgenden Änderungen bearbeitet.

2. Absehen von einem neuen Planfeststellungsverfahren

Die Planfeststellungsbehörde hat von der Durchführung eines neuen Planfeststellungsverfahrens abgesehen.

Die Planfeststellungsbehörde hat von der mit § 43d EnWG i. V. m. § 143 Abs. 2 LVwG SH eröffneten Möglichkeit Gebrauch gemacht, von einem neuen Planfeststellungsverfahren abzusehen. Dies war möglich, weil die Planänderung von unwesentlicher Bedeutung war und die von der Änderung Betroffenen der Änderung zugestimmt haben.

Mit Antrag vom 06.03.2024 hat die Vorhabenträgerin TenneT TSO GmbH um folgende Änderungen des festgestellten Plans gebeten:

- 1) Verbreiterung der Schutzstreifen in den Mastfeldern 1 – 2, 61 – 62, 62 – 63, 70 – 71 sowie 71 – 72

Nach Errichtung der Leitung wurde mittels Baumfallkurven festgestellt, dass die an die Schutzstreifen angrenzenden Randbäume der jeweils seitlich der Schutzbereiche verlaufenden neu entstandenen Waldränder nicht den erforderlichen Mindestabstand von den unteren Leiterseile der mitgenommenen 110 kV-Leitung einhalten und somit im Falle des Umfallens der Randbäume von einer Gefährdung der Leitung ausgegangen werden muss.

Aus diesem Grund muss der Schutzstreifen in den Mastfeldern Mast 1 – 2, 61 – 62, 62 – 63, 70 – 71 sowie 71 – 72 entsprechend verbreitert werden. Hierzu soll für die Mastfelder ein paralleler Schutzbereich ausgewiesen werden, der über den technisch erforderlichen Bereich (parabolischer Schutzstreifen) einen 5,0 m breiten Randbaumbereich (d.h. ausgeschwungener Leiter der 110 kV + 2,0m + Del + 5,0 m) berücksichtigt.

Bei diesen nun in veränderter Form vorgesehenen Maßnahmen handelt es sich um eine Planänderung von unwesentlicher Bedeutung i. S. v. § 143 Abs. 2 LVwG, denn die räumlich und sachlich sehr begrenzten Abweichungen von dem zuvor planfestgestellten Vorhaben sind im Verhältnis zu dessen Gesamtumfang unerheblich und lassen die getroffene Abwägung in ihrem Kern und ihrer Struktur unberührt. Umfang und Zweck des umzusetzenden Vorhabens bleiben unverändert und lediglich die Art der Ausführung ändert sich in einem untergeordneten Maße.

Die Vorhabenträgerin hat der Planfeststellungsbehörde eine Zusammenstellung der von den vorgesehenen Änderungen Betroffenen vorgelegt und nachgewiesen, dass diese Betroffenen sowie die in ihren Aufgabenkreisen berührten Träger öffentlicher Belange den Änderungen zugestimmt haben bzw. keine Gründe aufgeführt haben, die einen Anlass zu der Durchführung eines neuen Planfeststellungsverfahrens gegeben hätten.

Den Änderungen zugestimmt haben die folgenden Träger öffentlicher Belange:

MEKUN - Oberste Naturschutzbehörde (Einvernehmen AZ: V 531 - 171101/2024 vom 18.03.2024)

MLLEV - Oberste Forstbehörde vom 24.10.2023

LLnL - Untere Forstbehörde vom 10.10.2023

Kreis Nordfriesland – Untere Naturschutzbehörde vom 12.10.2023

Gemeinde Bargum vom 11.10.2023

Gemeinde Langenhorn vom 13.10.2023

Gemeinde Horstedt vom 30.10.2023

Allen hat dabei die aktuellste Fassung der vorgesehenen Veränderungen vorgelegen und es sind keine Bedenken gegen die Änderungen vorgetragen worden, die nicht in dem ursprünglichen Planfeststellungsbeschluss bereits behandelt worden wären bzw. in diesem Änderungsbescheid ausgeräumt werden. Die betroffenen Grundstückseigentümer haben den Änderungen ausdrücklich zugestimmt.

Umweltverträglichkeitsprüfung:

Auch aus dem Gesichtspunkt der Verfahrensvorschriften des Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) war die Durchführung einer Öffentlichkeitsbeteiligung nicht erforderlich, denn die beantragten Änderungen an dem ursprünglich einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogenen Vorhaben warfen keine Fragen auf, die eine erneute Umweltverträglichkeitsprüfung erfordert hätten. Die vorliegende standortbezogene Vorprüfung

des Einzelfalls (v. 04.09.2023) gemäß § 9 UVPG war Grundlage dieser Entscheidung. Mit der Entscheidung vom 20.09.2023 hat das AfPE nachvollzogen, dass durch die vorgesehenen Änderungen und die davon ausgehenden Wirkungen geringer Intensität keine zusätzlichen oder anderen erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind und daher keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung gem. § 9 UVPG besteht. Das Ergebnis über die Vorprüfung des Einzelfalls wurde der Öffentlichkeit gemäß § 5 Abs. 2 des UVPG bekannt gegeben (bekanntgemacht über das UVP-Portal am 20.09.2023 unter AfPE 6- 667-Entscheidungen UVP-Pflicht-38n).

III. Materiell-rechtliche Würdigung

1. Kein Verstoß gegen zwingende Gebote und Verbote

Die vorliegende Planung erfüllt alle zwingend einzuhaltenden gesetzlichen Anforderungen, insbesondere die Anforderungen nach Landeswaldrecht sowie der naturschutzrechtlichen und artenschutzrechtlichen Vorgaben.

Gem. § 142 Abs. 1 LVwG wird durch die Planfeststellung die Zulässigkeit des Vorhabens einschließlich der notwendigen Folgemaßnahmen an anderen Anlagen im Hinblick auf alle von ihm berührten öffentlichen Belange festgestellt; neben der Planfeststellung sind andere behördliche Entscheidungen nach Landes- oder Bundesrecht, insbesondere öffentlich-rechtliche Genehmigungen, Verleihungen, Erlaubnisse, Bewilligungen, Zustimmungen und Planfeststellungen nicht erforderlich. Durch die Planfeststellung werden alle öffentlich-rechtlichen Beziehungen zwischen dem Träger des Vorhabens und den durch den Plan Betroffenen rechtsgestaltend geregelt. Aufgrund dieser Konzentrationswirkung hat die Planfeststellungsbehörde das materielle Recht zu beachten, das für die nicht mehr erforderlichen Entscheidungen erheblich ist. Strikte Gebote oder Verbote, die sich aus diesem Recht ergeben, kommen auch in der Planfeststellung als solche zur Geltung. Sie lassen sich - sofern das maßgebende Fachrecht keine anderslautende Regelung aufweist - nicht zu bloßen Abwägungsposten abschmelzen.

1.1. Naturschutzrecht

Der Feststellung der durch die Planänderungen ausgelösten Abweichungen des mit Ausgangsbeschluss vom 20.01.2020 festgestellten Plans stehen keine naturschutzrechtlichen Hindernisse entgegen.

Insbesondere gilt für diese Planänderung die Beachtung der artenschutzrechtlich erforderlichen Vermeidungsmaßnahmen. Durch die Umweltbaubegleitung sind die Tätigkeiten entsprechend zu begleiten und zu dokumentieren.

1.1.1. Eingriffsregelung

Das nunmehr in geänderter Form festgestellte Vorhaben ist mit den Erfordernissen der Eingriffsregelung gem. §§ 13 ff. Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) und §§ 8 ff.

LNatSchG vereinbar. Es wird auf § 17 BNatSchG i. V. m. § 11 LNatSchG verwiesen. Das in § 17 Abs. 1, Abs. 4 BNatSchG i. V. m. § 11 Landesnaturschutzgesetz (LNatSchG) vorgeschriebene Verfahren wurde hinsichtlich der Planänderungen durchgeführt. Die Vorhabenträgerin hat die vorgeschriebenen Unterlagen, aus denen sich die Änderungen gegenüber dem bisher festgestellten Plan ergeben, vollständig vorgelegt.

Die Änderungen sind mit Eingriffen in den Naturhaushalt verbunden. Es kommt somit zu zusätzlichen Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft, die nicht vermieden werden können. Die Unvermeidbarkeit des mit der Realisierung der Planänderung verbundenen Eingriffs gemäß § 15 Abs.1 BNatSchG ist nachvollziehbar. Die unvermeidbaren Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft können gemäß § 15 Abs. 2 BNatSchG vollständig ausgeglichen oder ersetzt werden. Die erforderliche Kompensation erfolgt im vom Eingriff betroffenen Naturraum. Die Einrichtung des Kompensationsverzeichnisses erfolgt unter Beachtung der Standards für Ersatzmaßnahmen gemäß der Landesverordnung über Ökokonten (ÖkokontoVO). Die agrarstrukturellen Belange gemäß § 15 Abs. 3 BNatSchG sind entsprechend berücksichtigt worden.

1. Die oberste Naturschutzbehörde MEKUN (Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur Schl.-H.) hat mit Schreiben vom 18.03.2024 (Az: V 531 – 171101/2024) das Benehmen zum Eingriff sowie das Einvernehmen zur Kompensation gemäß § 17 Abs. 1 BNatSchG i.V.m. § 11 Abs. 1 LNatSchG erteilt.
2. Die UNB, Kreis Nordfriesland, hat in ihrem Schreiben vom 12.10.2023 mitgeteilt, dass gegen die Planänderung keine Bedenken bestehen.

Die mit der Realisierung des Vorhabens verbundenen unvermeidbaren Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft können gemäß § 15 Abs. 2 BNatSchG vollständig ausgeglichen oder ersetzt werden. Der im Plan dargestellte Eingriff in Natur und Landschaft wird demnach zugelassen.

1.1.2. Gesetzlicher Biotopschutz

Handlungen, die zu einer Zerstörung oder einer sonstigen erheblichen Beeinträchtigung gesetzlich geschützter Biotope führen können, sind gem. § 30 Abs. 2 BNatSchG i.V.m. § 21 LNatSchG verboten. In Fällen der Beeinträchtigung gesetzlich geschützter Biotope oder soweit ein Ausgleich nach dem LNatSchG für Knicks und Kleingewässer nicht möglich ist, kann gem. § 67 Abs. 1 Satz 1 BNatSchG von den Verboten des Biotopschutzes Befreiung gewährt werden, wenn (1.) dies aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer und wirtschaftlicher Art, notwendig ist oder (2.) die Durchführung der Vorschriften im Einzelfall zu einer unzumutbaren Belastung führen würde und die Abweichung mit den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege vereinbar ist.

Vermeidung: Trotz einer optimierten Trassenplanung und umfangreicher Vermeidungsmaßnahmen lassen sich Eingriffe in gem. § 30 BNatSchG i.V.m. § 21 LNatSchG gesetzlich geschützte Biotope durch das Vorhaben nicht vollständig vermeiden.

Durch das Vorhaben kommt es zu unvermeidbaren Eingriffen in nach § 30 BNatSchG gesetzlich geschützte Biotope – ca. 1000 m² Waldumwandlung von Eichenwald/Eichenkratt bodensaurer trockenwarmer Standorte). Der naturschutzfachliche Ausgleich wird auf dem Ökokonto Südermarsch 3 (Koldenbüttel) (A-19) und der Ersatzaufforstung Norstedt (A-21) erbracht. Auf die Tabelle in Ziffer 1.1.3 dieser Planänderung wird verwiesen.

Die Voraussetzungen für die Erteilung der erforderlichen Befreiung gemäß § 67 Abs. 1 BNatSchG liegen vor.

1.1.3. Anrechnung von Kompensationsmaßnahmen

Die geplanten Kompensationsmaßnahmen werden von der Planfeststellungsbehörde als geeignet angesehen, die nicht vermeidbaren Eingriffe in den Naturhaushalt funktionsgerecht und in einem entsprechenden zeitnahen und räumlichen Zusammenhang gem. ÖkokontoVO SH auszugleichen oder zu ersetzen.

Für den durch die Planänderung verursachten Eingriff in den Naturhaushalt wird aus einem bestehenden Ökokonto gemäß §16 Abs.1 BNatSchG folgende Maßnahme als Kompensation angerechnet und als Ersatzmaßnahme anerkannt. Die Maßnahmen aus den Ökokonten sind geeignet, die betroffenen Funktionen des Naturhaushaltes zu kompensieren (vgl. Anlage 8 der Planänderungsunterlage). Die Ökokonten wurden von der Vorhabenträgerin vertraglich gesichert.

Für die Planänderung in Anspruch genommene anerkannte Ökokonten und Kompensationsflächen:

Ökokonto/ Ersatzauffors- tung	Kreis, Gemeinde	Gemarkung, Flur, Flur- stück	Ausbuchung (ÖP oder m ²)
A-21 (Ersatzauf- forstung, Kein Ökokonto) Norstedt (Marsch) AZ: 7411.23) v. 26.10.2020 LLUR, Untere Forstbehörde	Kreis Nordfriesland, Gemeinde Norstedt	Gemarkung Norstedt Flur 13, Flurstück 47, Flur 10, Flurstück 1	Für diese Planänderung: 5.709 m² Insgesamt werden für Ab- schnitt 4 WKL 10.165 m² beansprucht (multifunktionale Kompensation Forstrechlicher und natur- schutzfachlicher Eingriffe in Wald)
A-19	Kreis Nordfriesland, Gemeinde Kolden-	Gemarkung ,	Für diese Planänderung:

(Ökokonto) Südermarsch 3 (Koldenbüttel) AZ: 67.30.3- 56/13, v.11.10.2013	büttel	Flur 13 Flurstück 67/8	6.040 ÖP Insgesamt werden für Ab- schnitt 4 WKL: 15.589 ÖP beansprucht
--	--------	---------------------------	---

Die Planfeststellungsbehörde sendet der UNB des Kreises Nordfriesland den Planänderungsbeschluss sowie eine Kopie der Maßnahmenblätter und Maßnahmenkarten aus der Anlage 8 der Planänderungsunterlagen für die entsprechende Ausbuchung aus den vorgenannten Ökokonten und zur Eintragung in das Kompensationsverzeichnis gemäß § 7 ÖkokontoVO zu.

1.1.4. Artenschutz

Beeinträchtigung von Gehölzen im erweiterten Schutzstreifen: Strukturen mit Eignung als mögliche Winterquartiere (gleichzeitig auch Wochenstuben) wurde bezüglich dieser Planänderung im März 2023 (Erweiterungsbereiche Schutzstreifen) mittels Endoskop (dnt® Findoo Profiline mit 9 mm/ 16 mm Minikamera, Gesamtlänge der Optik bis 180 cm) auf Besatz- bzw. eine vergangene Nutzung geprüft. Im März 2023 konnte in den Erweiterungsbereichen des Schutzstreifens ein Besatz sicher ausgeschlossen werden.

Unter Beachtung der bislang festgesetzten Vermeidungs-, Minimierungs- und Ausgleichsmaßnahmen treten für die Tätigkeiten dieser Planänderung keine Zugriffsverbote gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG i.V. mit § 44 Abs. 5 BNatSchG ein. Diese sind durch die Vorhabenträgerin vollumfänglich einzuhalten.

1.2. Inanspruchnahme von Wald

1.2.1 Waldumwandlung

Waldumwandlung: Gem. § 9 Abs. 1 Satz 1 BWaldG, § 9 Abs. 1 Satz 1 LWaldG darf Wald nur mit Genehmigung der nach Landesrecht zuständigen Behörde gerodet und in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden (Umwandlung).

- Unterhalb der Freileitung ergeben sich Eingriffe in Gehölzbestände aufgrund der in einigen Bereichen erforderlichen Aufwuchsbeschränkungen (Sicherheitsabstand zwischen Gehölzen und Leiterseil).

Von Umwandlung und Kahlschlag durch diese Planänderung betroffene Waldflächen nach § 7 und § 9 LWaldG (Anlage 8.1, Tabelle 74 der Planänderungsunterlage). Insgesamt ergibt sich durch die Planänderung ein Kompensationsbedarf von 6.040 m² Ersatzaufforstung.

Für den forstrechtlichen Ausgleich wird der bereits in Abschnitt 4 und 5 der Westküstenleitung eingestellte Ersatzwald genutzt (A-21 Norstedt). Auf die Tabelle in Ziffer 1.1.3 dieser Planänderung wird verwiesen. Die Aufforstungen sind entsprechend der vorliegenden Ersatzaufforstungsgenehmigungen bereits erfolgt.

Die Zustimmung der zuständigen Forstbehörde vom 10.10.2023 und das Einvernehmen der zuständigen Naturschutzbehörde über die Zulassung des mit der Umwandlung verbundenen Eingriffs in Natur und Landschaft liegt vor, so dass die Zulassung der Umwandlung nach § 9 Abs. 2 Satz 1 LWaldG mit entsprechender Wiederaufforstung zu entscheiden war.

Die Erhaltung des Waldes liegt hier nicht überwiegend im öffentlichen Interesse gem. LWaldG, so dass die entsprechenden Zulassungen, Ausnahmen und Genehmigungen auszusprechen sind.

2. Abwägung

Im Ausgangsbeschluss vom 20.01.2020 sind die von dem Vorhaben berührten öffentlichen und privaten Belange einschließlich der Umweltverträglichkeit im Rahmen der Abwägung berücksichtigt worden.

Die hier beantragten Planänderungen lassen den Abwägungsvorgang und das Abwägungsergebnis in ihrem Kern und ihrer Struktur unberührt. Auch wird durch die beantragten Planänderungen die Problembewältigung der bereits vorliegenden Planfeststellung nicht berührt und ein Interessenwiderstreit ist angesichts den in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht einfach gelagerten Sachverhalts ebenfalls nicht zu erwarten.

2.1. Belange des Eigentums

Diese Planänderungen berühren eigentumsrechtliche Belange auf insgesamt 13 Flurstücken. Diese Flurstücke sind von den Änderungen in ihren Belangen stärker bzw. anders, als in der ursprünglichen Planfeststellung vorgesehen, betroffen.

Die Vorhabenträgerin hat von den betroffenen Flurstückseigentümern sowie, insoweit vorhanden, von den betroffenen Nutzern der Flurstücke Zustimmungen in schriftlicher Form eingeholt und der Planfeststellungsbehörde vorgelegt.

3. Gesamtabwägung

Auf Antrag der Vorhabenträgerin, der Tennet TSO GmbH, vom 06.03.2024 konnte der Plan für das vorstehend bezeichnete Vorhaben vor Beendigung der Baumaßnahme geändert werden.

Maßgeblich für den geänderten Plan sind die unter A.I.2 aufgeführten neu festgestellten Unterlagen, die die zuvor festgestellten entsprechenden Pläne ersetzen bzw. ergänzen.

Die Planfeststellungsbehörde hat von der mit § 43d EnWG i. V. m. § 143 Abs. 2 LVwG SH eröffneten Möglichkeit Gebrauch gemacht, von einem neuen Planfeststellungsverfahren abzusehen.

Dies war möglich, weil die Planänderung von unwesentlicher Bedeutung war und die von der Änderung Betroffenen der Änderung zugestimmt haben.

Die beantragten Planänderungen sind im Verhältnis zu dessen Gesamtumfang unerheblich und lassen die getroffene Abwägung in ihrem Kern und ihrer Struktur unberührt. Umfang und Zweck des umzusetzenden Vorhabens bleiben unverändert und lediglich die Art der Ausführung ändert sich in einem untergeordneten Maße.

Die Vorhabenträgerin hat der Planfeststellungsbehörde eine Zusammenstellung der von den vorgesehenen Änderungen Betroffenen vorgelegt und nachgewiesen, dass diese Betroffenen sowie die in ihren Aufgabenkreisen berührten Träger öffentlicher Belange den Änderungen zugestimmt haben bzw. keine Gründe aufgeführt haben, die einen Anlass zu der Durchführung eines neuen Planfeststellungsverfahrens gegeben hätten.

Auch aus dem Gesichtspunkt der Verfahrensvorschriften des UVPG war die Durchführung einer Öffentlichkeitsbeteiligung nicht erforderlich.

4. Begründung Kostenentscheidung

Die Vorhabenträgerin hat als Antragstellerin gemäß §§ 1 und 13 Verwaltungskostengesetz des Landes Schleswig-Holstein (VwKostG) die Kosten des Planänderungsverfahrens zu tragen. Kosten sind Gebühren und Auslagen.

Für die von der Vorhabenträgerin beantragte Amtshandlung des MEKUN – AfPE - (Erlass eines Planänderungsbeschlusses gem. § 43d EnWG) sind nach §§ 1 ff., 13 VwKostG i.V.m. § 1 Landesverordnung über Verwaltungsgebühren (VwGebV) SH 2018 nach Tarifstelle 12.2.1.45 des allgemeinen Gebührentarifs (Anlage zur VwGebV SH 2018) Verwaltungsgebühren zu entrichten.

Die Vorhabenträgerin hat zudem nach §§ 1, 10 und 13 VwKostG die im Zusammenhang mit der Amtshandlung notwendig gewordenen Auslagen zu erstatten.

Die Gebühren und Auslagen werden - soweit die Auslagen nicht bereits im Laufe des Verfahrens erstattet wurden – durch gesonderten Bescheid festgesetzt.

C. Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage erhoben werden.

Die Klage ist beim

Bundesverwaltungsgericht
Simsonplatz 1
04107 Leipzig

einzulegen.

Die Klage gegen diese Entscheidung hat keine aufschiebende Wirkung. Der Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung der Klage kann nur innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Änderungsbescheides beim Bundesverwaltungsgericht gestellt und begründet werden.

Treten später Tatsachen ein, die die Anordnung der aufschiebenden Wirkung rechtfertigen, so kann der durch diese Entscheidung Beschwerzte einen hierauf gestützten Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung innerhalb einer Frist von einem Monat stellen und begründen. Die Frist beginnt mit dem Zeitpunkt, in dem der Beschwerzte von den Tatsachen Kenntnis erlangt.

**Ministerium für
Energiewende, Klimaschutz,
Umwelt und Natur
– Amt für Planfeststellung Energie –**

AfPE L-667 – PFV 380-kV-Ltg Husum Nord - Niebüll Ost

Kiel, den 18.11.2024

Bearbeiter/-innen: Wisser, Lohmann

gez. Lohmann

Die Übereinstimmung dieser Beschlussausfertigung
mit der Urschrift wird beglaubigt.

Kiel, den 18.11.2024

Boeck

Anhang / Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
BNatSchG	Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG)
EnWG	Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz – EnWG)
EnWZustVO	Landesverordnung zur Bestimmung der zuständigen Behörden nach dem Energiewirtschaftsrecht (EnWZustVO)
i.V.m.	in Verbindung mit
kV	Kilovolt
LNatSchG	Gesetz zum Schutz der Natur (Landesnaturschutzgesetz – LNatSchG)
LVwG SH	Landesverwaltungsgesetz Schleswig-Holstein
LWaldG	Waldgesetz für das Land Schleswig-Holstein – Landeswaldgesetz
LLnL	Landesamt für Landwirtschaft und nachhaltige Landentwicklung Schleswig-Holstein
LWG	Wassergesetz des Landes Schleswig-Holstein (Landeswassergesetz – LWG)
MEKUN	Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur des Landes Schleswig-Holstein
ÖP	Ökopunkte
ÖkokontoVO	Landesverordnung über das Ökokonto, die Einrichtung des Kompensationsverzeichnisses und über Standards für Ersatzmaßnahmen (Ökokonto- und Kompensationsverzeichnisverordnung)
s.	siehe
SH	Schleswig-Holstein
UNB	Untere Naturschutzbehörde
UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung
UVPG	Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)

UVPG a.F.	Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung, die vor dem 16. Mai 2017 galt
UW	Umspannwerk
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwGebV SH 2018	Landesverordnung über Verwaltungsgebühren
VwKostG SH	Verwaltungskostengesetz des Landes Schleswig-Holstein
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG)
WaBoV	Wasser- und Bodenverband
WHG	Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz – WHG)